27.04.18 Segeberger Zeitung

Geteilte Datenschutzbeauftragte

Amt Trave-Land greift auf Kreismitarbeiter zu – halbe Stelle für Gleichstellung

GESCHENDORF. Olaf Kuhlbrodt und Rüdiger Haß sind die zuständigen Datenschutzbeauftragen für das Amt Trave-Land. Im Amtsausschuss am Mittwoch stellten sie sich dem Gremium in Geschendorf vor. „Die Datenschutzbeauftragten arbeiten beim Kreis, sind aber autark", erklärt Thomas Hartstock, Leitender Verwaltungsbeamter. „Wir teilen uns die Datenschutzbeauftragten mit anderen Amtsverwaltungen."

Kuhlbrodt und Haß kontrollieren unter anderem die im Amt verwendete IT-Technik, damit sensible Daten sicher weitergeleitet werden. Etwa Steuerdaten, so Amtsvorsteher Hans-Heinrich Jaacks. Außerdem beraten sie die Verwaltung, wenn neue Programme gekauft werden sollen, ob diese den Datenschutzanforderungen entsprechen. Zudem sind sie Berater in allen Fragen zum Thema Datenschutz. Auch Bürger könnten sich an die Datenschutzbeauftragten wenden, wenn sie den Eindruck haben, dass mit ihren Daten falsch umgegangen werde, erklärt Hartstock. Sie sind zu erreichen unter der Telefonnummer 04551/951-281 oder -290.

Auch Michaela Semerak, die Gleichstellungsbeauftragte im Amtsbereich, stellte sich und ihre Arbeit dem Amtsausschuss und Zuhörern vor. Eine halbe Stelle hat Semerak in der Verwaltung. Dies wurde auch in der neu beschlossenen Hauptsatzung vermerkt. „Eigentlich ist eine ganze Stelle vorgeschrieben", so Hartstock. Man habe beim Innenministerium jedoch eine Verringerung beantragt – aber noch keine Antwort erhalten. Erfahrungen hätten gezeigt, dass eine halbe Stelle für den Amtsbereich ausreiche. Die Vorgabe der vollen Stelle richte sich nach der Einwohnerzahl. 15 000 Einwohner sei die Grenze, ab der die Stelle fällig wird nach Gesetz. Im Amtsbereich leben über 20 000 Menschen. „Allerdings gibt es keine Obergrenze", so Hartstock. Auch eine Stadt wie Kiel mit knapp 250 000 Einwohnern komme mit einer Gleichstellungsbeauftragen aus.

Bei der Thematik Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen kann sich die Amtsverwaltung künftig Unterstützung verschiedener Anbieter für Ausschreibungen einholen. Ein alter Beschluss, der bei der Beratung eine bestimmte Firma – die einzige zum damaligen Zeitpunkt – vorsah, wurde ersetzt. Zukünftig werden entsprechende Aufträge nach Wirtschaftlichkeit vergeben. *nma*